

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 10.11.2020)

**Titel:** Still Not Loving Polizeigesetz NRW

## Antragstext

### 1 Still Not Loving Polizeigesetz NRW

2 Nach dem freiheits- und grundrechtsfeindlichen Neuen Polizeigesetz NRW, das im  
3 Dezember 2018 mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD verabschiedet wurde, plant  
4 die Landesregierung mit dem 7. Änderungsgesetz zum Polizeigesetz NRW erneut eine  
5 Verschärfung des Polizeirechts.

### 6 Bodycams? Nein Danke!

7 Eine Maßnahme, die durch das neue Polizeigesetz in Kraft treten würde, wäre die  
8 Verwendung von Bodycams. Diese sollen unbefristet in das Repertoire der Polizei  
9 NRW aufgenommen werden und sollen unter anderem Polizist\*innen ein stärkeres  
10 Gefühl von Sicherheit vermitteln.

11 Ein weiterer Effekt wäre, dass die Kameras etwaiges Fehlverhalten der Polizei  
12 dokumentieren würde. Dies könnte bei der Strafverfolgung von Polizist\*innen eine  
13 erhebliche Hilfe darstellen.

14 Das Kernproblem aber, dass Polizist\*innen weiterhin gegen Kamerad\*innen und  
15 Kolleg\*innen ermitteln müssten, bleibt dadurch allerdings bestehen. Deshalb  
16 bleibt eine höhere Aufklärungsquote bei polizeilichen Gewaltdelikten weiterhin  
17 fraglich.

18 Denn selbst bei aktuellen Fällen von Polizeigewalt, landet nur ein geringer Teil  
19 vor Gericht, da Polizist\*innen immer noch gegen Kolleg\*innen und Freund\*innen

20 ermitteln müssten. Der Einsatz von Bodycams wird daran auch nichts ändern.

21 Weiterhin entscheiden allein die jeweiligen Polizist\*innen, wann, wo und wie  
22 gefilmt wird und was ungefilmt bleibt.

23 Da die Videosequenzen nie das gesamte Geschehen überblicken können und sich auf  
24 den gespeicherten Sequenzen oft nicht der gesamte Geschehensablauf findet,  
25 sondern meist eine verkürzte Version, besteht die Gefahr, dass durch Bodycams  
26 verzerrte Bilder ihren Weg in die Gerichte finden, anstatt für eine höhere  
27 Aufklärungsquote zu sorgen.

28 Ein weiteres großes Problem ist, das die Polizei dadurch die Möglichkeit hat  
29 große Mengen von Daten zu sammeln. Menschen, die gefilmt worden sind haben dabei  
30 allerdings keinen Anspruch auf Sichtung des Videomaterials. Dabei werden  
31 zwangsläufig auch Dritte gefilmt und ihre Gesichter zusammen mit der  
32 Information, an welchem Ort sie sich wann aufhielten auf Polizeirechnern  
33 gespeichert.

34 Der Preis für Bodycams, die unsere Freiheit einschränkt und unsere Grundrechte  
35 tangieren ist für ein fadenscheiniges Sicherheitsgefühl für Polizist\*innen zu  
36 hoch! Wir bezweifeln, dass sie das Bedürfnis der Beamt\*innen nach Sicherheit  
37 erfüllen können. So besagt beispielsweise der Abschlussbericht der  
38 Evaluationsstudie zum Bodycameinsatz in NRW, dass Bodycams nicht mehr Sicherheit  
39 für Polizist\*innen bringen.

40 Bodycams sind also weder zum Schutz von, noch zum Schutz vor Polizist\*innen  
41 dienlich.

42 Es muss also andere Wege zur Gewaltprävention seitens der Polizei geben.

43 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert deshalb die sofortige Wiedereinführung der  
44 Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen und unabhängige Beschwerde- und  
45 Ermittlungsstellen für Opfer von Polizeigewalt und polizeilicher Willkür.

#### 46 **Gegen Fixierungen im Polizeigewahrsam!**

47 Weiterhin soll das Gesetz Fixierungen im Polizeigewahrsam regeln.

48 Während wir zunächst begrüßen, dass die Landesregierung diese nun endlich unter  
49 Gesetzesvorbehalt stellt, lehnen wir den Einsatz von Fixierungen als Maßnahme im  
50 Polizeigewahrsam ab.

51 Auch nehmen wir besorgt zur Kenntnis, dass längerfristige Fixierungen durch  
52 eine\*n Richter\*in angeordnet sein müssen, kurzfristige jedoch nicht. Wir  
53 fordern, dass jegliche Fixierungen, egal wo, egal wie lang, immer unter  
54 Richter\*innenvorbehalt stehen müssen!  
55 Dieser muss sofort erfolgen, sollte das nicht möglich sein, ist ein  
56 Richter\*innenvorbehalt unverzüglich nachzuholen.

57 Fixierungen, v.a. sogenannte 7-Punkt- und 5-Punkt-Fixierungen zählen zu den  
58 schwersten Grundrechtseingriffen überhaupt und bergen ein großes  
59 gesundheitliches und psychisches Gefährdungspotential, gerade bei dem Einsatz von  
60 Fesseln aus Metall.

61 Bei jeder Anwendung von Fixierungsmaßnahmen braucht es daher die sachgerechte  
62 Anwendung und Behandlung, sowie eine stetige Überwachung durch medizinisches und  
63 psychologisches Fachpersonal vor Ort.

64 Dies kann nicht im Polizeigewahrsam sichergestellt werden.

65 Daher fordert die GRÜNE JUGEND NRW ein sofortigen Stopp jeglicher Fixierungen in  
66 Polizeidienststellen.

67 Sowohl der Einsatz von Bodycams, als auch Fixierungen im Polizeigewahrsam  
68 stellen weitere autoritäre Verschärfungen und einen Eingriff in Freiheits- und  
69 Persönlichkeitsrechte dar.

70  
71 Die neusten Verschärfungen stehen nicht in einem luftleeren Raum, sondern sind  
72 eingebettet in eine Vielzahl von Rechtsverschärfungen bis hin zum in Teilen  
73 verfassungswidrigen Gesetzespaket von 2018.

74 Wir lehnen jede Polizeirechtsverschärfung ab und fordern die Landesregierung  
75 auf, einen Politikwechsel einzuleiten hin zu einer Innenpolitik, die unsere  
76 Freiheit schützt, anstatt sie für vermeintliche Sicherheit zu beschneiden.  
77 Dazu gehört auch, dass eine Rechtsgrundlage für Einweisungen in leerstehende  
78 Wohnungen ins PLG NRW Einzug erhält.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

# Verschiedene Anträge

---

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 10.11.2019)

**Titel:** Die Revolution der Bildungsarbeit

## Antragstext

1 Für uns stellt die Bildungsarbeit einen elementaren Schwerpunkt in unserer  
2 Arbeit dar. Als politischer Jugendverband ist es unser Anliegen, jungen Menschen  
3 die Möglichkeit zu geben verschiedene Meinungen ausbilden zu können und diese  
4 immer wieder kritisch reflektieren, anpassen und verändern zu können. Dies  
5 stellt eine dauerhafte Aufgabe unseres Verbandes dar und stellt uns immer wieder  
6 vor neue Herausforderungen. Gerade durch den aktuell großen Mitgliederzuwachs  
7 ist es enorm wichtig, dass wir regelmäßig Bildungsveranstaltungen und  
8 Diskussionsräume eröffnen. Es kann nicht von Neumitgliedern erwartet werden,  
9 genau den gleichen Wissensstand in Debatten, die schon jahrelang in der Grünen  
10 Jugend diskutiert werden, wie von einem Menschen der schon seit vielen Jahren  
11 aktives Mitglied ist. Dabei ist es für Neumitglieder besonders wichtig, Fehler  
12 machen zu dürfen und auf ein Umfeld zu treffen, welches Hilfestellungen und  
13 andere Perspektiven eröffnet.

14 Hauptaufgabe unserer Bildungsarbeit muss es dementsprechend sein, die  
15 politischen Ziele, Werte und Grundsätze der GRÜNEN JUGEND zu vermitteln und  
16 Menschen zu ermächtigen, mündige Entscheidungen für die Mitgestaltung der  
17 Zukunft treffen zu können.

18 In den letzten Jahren wurden die Mittel für Bildungsarbeit meist nicht  
19 ausgeschöpft. Wir arbeiten also im Bildungsbereich unter unseren finanziellen  
20 Möglichkeiten. Dies wollen wir ändern. Wir wollen eine hochwertige  
21 Bildungsarbeit ermöglichen, die uns als Verband auch etwas Kosten darf.

22 Derzeit ist das Bildungsgremium bestehend aus Landesvorstand und  
23 Arbeitskreiskoordinierenden für die Planung des Bildungsprogramms zuständig. Es

24 hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass diese Struktur nicht ausreicht um  
25 oftmals relativ neuen Mitgliedern, die Arbeitskreise koordinieren das nötige  
26 Handwerkszeug an die Hand zu geben um erfolgreich Seminare zu organisieren.  
27 Umgekehrt fehlt es an klaren Regeln in Bezug auf die finanziellen Aspekte einer  
28 Bildungsveranstaltung.

29 Ein weiteres Problem ist die Kürze der Zeit. Direkt nach der LMV im Herbst  
30 beginnt der neue Landesvorstand und auch die neuen Arbeitskreis-Koordinierenden  
31 sich zu orientieren und zu konstituieren. Diese Zeit ist absolut nötig um sich  
32 aneinander zu gewöhnen und die neuen Aufgaben in Angriff zu nehmen. In dieser  
33 Zeit muss auch das Bildungsgremium tagen um das Bildungsprogramm des nächsten  
34 Jahres zu planen.

35 Dies führt allerdings dazu, dass Bildungsveranstaltungen maximal ein Jahr im  
36 voraus geplant werden. Meist deutlich weniger. Zudem sind hochwertige  
37 Bildungsveranstaltungen mit hochkarätigen Referierenden im ersten Halbjahr  
38 praktisch unmöglich. Da Referierende so kurzfristig keine Zeit haben.

39 Auch größere Veranstaltungen wie Reisen oder Konferenzen brauchen nicht nur  
40 wegen des hohen Orga-Aufwands mehr Zeit. So braucht beispielsweise ein  
41 entsprechender Förderantrag meistens mehrere Monate bis dieser bewilligt ist.

42 Wir brauchen also eine neue Struktur, die Planungshorizonte zulässt, die nicht  
43 mehr auf ein Jahr begrenzt sind, sondern den Nährboden schafft, auch größere  
44 Projekte organisatorisch und finanziell zu verwirklichen.

45 Die GRÜNE JUGEND NRW ist davon überzeugt, dass der Grundstein des Wissens und  
46 der Veränderung im Heute gelegt werden muss, um die emanzipatorische  
47 Gesellschaft von morgen zu ermöglichen.

48 Deshalb wollen unsere Bildungsarbeit stärken und daher einen Prozess starten,  
49 der die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Bildungsarbeit im Landesverband  
50 evaluiert und

51 an dessen Ende eine bessere klarere und effektivere Verteilung der Aufgaben  
52 steht. Dabei sollen auch die Umstrukturierung von Gremien in Erwägung gezogen  
53 werden. So soll auf den Erfahrungsschatz der durch den Perspektivenprozess im  
54 Bundesverband entstanden ist zurückgegriffen werden. Dazu wird der  
55 Landesvorstand gemeinsam mit den AK-Koordinierenden und weiteren interessierten  
56 Mitgliedern Satzungsänderungen erarbeiten, die sich an folgenden Zielen  
57 orientieren:

58 :

59 1. längerfristige Planung von Bildungsarbeit

60 1. Themenvielfalt in der Bildungsarbeit stärken

61 1. transparente Regelungen zur Finanzierung von Bildungsveranstaltungen  
62 durchsämtliche Gremien und Strukturen der GJ NRW

63 1. Die Mitglieder haben die mittelbare Kontrolle über die Bildungsarbeit

64 1. Einer neuen und transparenteren organisation von Bildungsarbeit

65 1. qualitativ bessere Bildungsarbeit

66 1. regelmäßige Bildungsarbeit

67

68 8. sinnvolle verbandsinterne Kooperation in der Bildungsarbeit

69 8. Ein diverses Angebot in der Art und Weise der Bildungsarbeit zu

70 schaffen, welches eine gute Balance zwischen Theorie und Praxis findet und

71 dabei nicht vergisst, dass die Grüne Jugend auh der Freizeitgestaltung

72 dient, denn die Bildungsarbeit kann mehr als Lesekreise.

73 Dieser Prozess sollte bis zur Frühjahrs-, spätestens zu Sommer-LMV nächsten  
74 Jahres abgeschlossen werden. Bis dahin gelten die bisherigen Regelungen weiter  
75 sodass die Planungen für 2020 davon nicht gefährdet werden.